

2022/II/AUSSEN/1 Kreis Eimsbüttel

Frauenrechte sind Menschenrechte – Solidarität mit den Menschen im Iran

**Beschluss:** Annahme in geänderter Fassung

Die SPD Hamburg solidarisiert sich mit den Menschen im Iran, die unter Einsatz ihres Lebens für Frauenrechte, Rechtsstaat, Freiheit und Leben kämpfen. Der Versuch des iranischen Regimes, die Proteste durch Gewalt und willkürliche Verhaftungen zu beenden, muss aufgegeben werden.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, sich auf Ebene der Europäischen Union für weitere Sanktionen und Einreise- sowie Visaverbote gegen Vertreter des iranischen Regimes und insbesondere gegen die Führungsebenen der Revolutionsgarden und der Basij-Milizen und

- darüber hinaus sich für die Einstufung der Revolutionsgarden als Terrororganisation einzusetzen.

Zu prüfen:

- wie ein Betätigungsverbot für Organisationen, Unternehmen und Medien, die dem iranischen Regime nahestehen, umzusetzen ist.

- Sachwerte und Vermögen natürlicher und juristischer Personen, welche den Vertretern des iranischen Regimes und seinen Organisationen, insbesondere den Revolutionsgarden, zuzuordnen sind zu konfiszieren.

- die Zusammenarbeit mit iranischen Lobbyisten zu stoppen.

- die Atomgespräche mit dem Iran (JCPOA) mit sofortiger Wirkung auszusetzen.

Zudem wenden wir uns an die Schura Hamburg und fordern sie auf, das Islamische Zentrum Hamburg aus der Schura auszuschließen. Aufgrund der aktuellen Lage fordern wir die Aussetzung von Abschiebungen in den Iran.

**Überweisen an**

Bundesregierung

**Stellungnahme(n)**

Nachverfolgung: Am 20.11.22 ist das Islamische Zentrum aus der Schura ausgetreten. Aus dem NDR: Die SPD begrüßte den Austritt des IZH aus der Schura. "Damit entspannt sich ein langwieriger Prozess: Wir können uns wieder auf die Inhalte konzentrieren und damit die Evaluierung und Weiterentwicklung der Verträge forcieren", sagte der religionspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Ekkehard Wysocki. Michael Gwosdz von den Grünen schlägt einen Runden Tisch vor, um auch mit liberalen und säkularen Muslimen und Musliminnen, die nicht von der Schura vertreten werden, ins Gespräch zu kommen.